

Niederschrift

über die 17. Sitzung des Sozialausschusses am 28.11.2013
(9. Wahlperiode)

Tagesordnung

Seite

Öffentliche Sitzung	4
1 Ehrenamt-Forum Meerbusch; Vortrag der Diakonie Meerbusch	4
2 Unterbringung von Asylbewerbern in Meerbusch Vorlage: FB2/225/2013	5
3 Schuldnerberatung - Verlängerung der Vereinbarung mit dem Sozialdienst Kath. Männer Neuss e.V. Vorlage: FB2/686/2013	6
4 Runder Tisch "Meerbusch barrierefrei" - Bericht des Behindertenbeauftragten	7
5 Seniorenbeirat - Bericht des Vorsitzenden	7
6 Haushaltsberatung 2014 - Veränderungsliste	7
7 Bericht der Verwaltung	9
8 Termin der nächsten Sitzung: 18. Februar 2014	10
9 Verschiedenes	10

Sitzungsort: Dr. Franz-Schütz-Platz 1, 40667 Meerbusch-Büderich, Sitzungssaal

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
 Ende der Sitzung: 19:10 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Hans Günter Focken Ratsmitglied

von der CDU-Fraktion

Herr Herbert Becker	Ratsmitglied	Vertretung für Frau Gabriele Pricken, anwesend bis 17.50 h, TOP 1
Frau Marlis Docktor	Ratsmitglied	
Frau Marlies Homuth-Kenkliès	Ratsmitglied	Vertretung für Frau Helga Hermanns
Herr Heinz Berend Jansen	Sachkundiger Bürger	Vertretung für Herrn Bernd Parys bis 18.05 h, TOP 2
Frau Nicole Joliet-Heising	Ratsmitglied	
Herr Hermann Müsch	Sachkundiger Bürger	
Frau Gabriele Pricken	Ratsmitglied	anwesend ab 17.50 Uhr, TOP 2
Herr Jörg Wartchow	Ratsmitglied	

von der FDP-Fraktion

Herr Michael Bertholdt	Ratsmitglied	Vertretung für Herrn Christian Kohlen
Frau Barbara Büchner	Ratsmitglied	
Frau Helga Dapprich	Ratsmitglied	
Frau Katja Giesen	Ratsmitglied	

von der SPD-Fraktion

Frau Margret Abbing	Sachkundige Bürgerin
Frau Heidemarie Niegeloh	Ratsmitglied

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Guido Fliege	Ratsmitglied	
Herr Jürgen Peters	Ratsmitglied	Vertretung für Herrn Joris Mocka

von der UWG-Fraktion

Herr Josef Gather	Sachkundiger Bürger
-------------------	---------------------

Beratende Mitglieder

Herr Albert Güllmann	Seniorenbeirat
Herr Wilfried Pahlke	Evangelische Kirchengemeinde

von der Verwaltung

Frau Angelika Mielke-Westerlage	Erste Beigeordnete
Herr Peter Annacker	Bereichsleiter Fachbereich 2
Frau Beatrix Dreyer	Fachbereich 2

Schriftführerin

Frau Bettina Scholten	Fachbereich 2
-----------------------	---------------

Gäste

Herr Dr. Lothar Chaillié
Frau Brigitte Erwig

Behindertenbeauftragter
Ehrenamt-Forum

es fehlen:

von der CDU-Fraktion

Frau Helga Hermanns
Herr Bernd Parys

Ratsmitglied
Ratsmitglied

von der FDP-Fraktion

Herr Christian Kohnen

Sachkundiger Bürger

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Joris Mocka

Sachkundiger Bürger

Ausschussvorsitzender Focken eröffnet die Sitzung und begrüßt die anwesenden Ausschussmitglieder und Gäste. Sodann stellt er die form- und fristgerechte Einladung der Mitglieder fest.

Öffentliche Sitzung

1 Ehrenamt-Forum Meerbusch; Vortrag der Diakonie Meerbusch

Unter Bezugnahme auf die Auftaktveranstaltung für die Eröffnung des Ehrenamt-Forums am 1. September 2007 in der Aula der Städt. Realschule Osterath erinnert Pfarrer Pahlke an die Anfänge der Meerbuscher Vermittlungsstelle für interessierte Ehrenamtler und Institutionen. Unter dem Leitspruch von Aristoteles „Wir können den Wind nicht ändern, aber wir können die Segel richtig setzen“ habe die Diakonie Meerbusch damals gemeinsam mit der Stadt das Ehrenamt-Forum Meerbusch ins Leben gerufen. Seit Juni 2012 sei das Forum nun in den neuen Räumen des neuen Gemeindezentrums der Ev. Kirchengemeinde in Büderich mit einem eigenen Büro untergebracht. Sei man der Institution auch ursprünglich mit Skepsis begegnet, so zeigten die beispielsweise im Jahr 2012 erfolgten ca. 100 Vermittlungen, darunter auch 65 Erstvermittlungen, heute deutlich, dass sich die Einrichtung lohne und das Ehrenamt in Meerbusch boome.

Im Anschluss daran informiert Frau Erwig, die das Forum mit einer Wochenarbeitszeit von 19,25 Stunden betreibt, über die Schwerpunkte der vergangenen Jahre. Nachdem in den Jahren 2008 und 2009 zunächst die Aufbauarbeiten in den einzelnen Ortsteilen mit der erforderlichen Bedarfsanalyse und dem notwendigen Netzwerkaufbau im Vordergrund gestanden hätten, seien von 2009 bis heute ca. 300 Interessenten gewonnen worden. Die Ehrenamtler nähmen zudem in der Regel 3 – 4 verschiedene Tätigkeiten wahr. Mit 40 – 45 Institutionen arbeite das Ehrenamt-Forum derzeit zusammen, dabei rücke die Projektarbeit mehr und mehr in den Vordergrund. Beispielhaft benennt Frau Erwig das Schülerpatenprojekt mit der Realschule in Osterath, ein Projekt des AWO-Mütterzentrums zur Anerkennung der Schul- und Berufsabschlüsse ausländischer Frauen sowie die Hausaufgabenbetreuung am Familienzentrum Am Sonnengarten. Darüber hinaus würde aber nach wie vor auch die Vermittlung von Einzelpersonen von den Einrichtungen angefragt.

Zum Abschluss ihres Vortrages verweist Frau Erwig noch auf die Bedeutung einer kontinuierlichen Begleitung der Ehrenamtler, die Notwendigkeit mit diesen gemeinsam eine Perspektive zu entwickeln, sie zu ermutigen und zu motivieren weiterzumachen.

Im Anschluss daran beantwortet Frau Erwig ausführlich die Frage aus dem Ausschuss. Dabei wird nochmals deutlich, dass neben der Koordination und Vermittlung von Frau Erwig auch der Ansprechpartner in den jeweiligen Einrichtungen für einen erfolgreichen Einsatz bedeutsam ist. Besonderer Bedarf für den Einsatz ehrenamtlicher Helfer zeige sich im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe wie auch bei der Unterstützung von Senioren. Nennenswerte Engpässe bei der Vermittlung habe es bislang noch nicht gegeben. Der Anteil der ehrenamtlich engagierten Männer läge entgegen ursprünglicher Erwartungen bei ca. 50 %, die meisten Interessierten seien zwischen 30 bis 50 oder 60 bis 65 Jahre alt.

Hinsichtlich der Anfrage aus dem Ausschuss, inwieweit bei einer Vermittlung durch das Ehrenamt-Forum im Falle der Kinder- und Jugendarbeit auch ein Führungszeugnis verlangt werde, teilt Frau Erwig mit, dass die beteiligten Institutionen diesbezüglich unterschiedlich verfahren würden. In diesem Zusammenhang verweist Herr Annacker auf den Beschluss des Jugendhilfeausschusses September diesen Jahres. Dort habe man beschlossen, mit den freien Trägern der Jugendhilfe sowie sonstigen Trägern eine Vereinbarung gemäß § 72 a SGB VIII zu treffen, die unter anderem auch die Verpflichtung zur Vorlage eines erweiterten Führungszeugnisses beinhalte. Infolgedessen sei nunmehr geplant die sonstigen Träger, wie beispielsweise die Sportvereine oder die Diakonie Meerbusch als Träger des Ehrenamtforums zu einer Informationsveranstaltung einzuladen, mit dem Ziel die vorgenannte Vereinbarung abzuschließen.

2 Unterbringung von Asylbewerbern in Meerbusch

Vorlage: FB2/225/2013

Erste Beigeordnete Mielke-Westerlage erläutert unter Bezugnahme auf die Presseberichterstattung der vergangenen Wochen und anhand der Informationsvorlage die allgemeine Entwicklung im Asylbereich sowie insbesondere die aktuelle Situation in den städtischen Asylbewerberunterkünften in Meerbusch.

Im Hinblick auf die sich abzeichnende Auslastung der Häuser sei man in Kooperation mit der Wohnungsnothilfe der Caritas verstärkt bemüht, die Personen, die sich nicht mehr in den Unterkünften aufhalten müssten, in regulären Wohnraum zu vermitteln. Erfolg sei wegen des bereits bekannten Engpasses von Wohnraum für diesen Personenkreis und für Geringverdiener allerdings bislang nur in wenigen Einzelfällen gegeben. Demzufolge habe man auch Kontakt zu den Wohnungsbaugesellschaften gesucht, um Wohnraum für mietfähige Einzelpersonen und Familien zu finden. Sofern gegeben, werde die Stadt zukünftig auch wieder von Bannungsrechten für Sozialwohnungen Gebrauch machen. Des Weiteren sei beabsichtigt ein Gebäude an der Strümper Straße, welches derzeit für die Unterbringung von Obdachlosen genutzt werde, für die Unterbringung von Flüchtlingen zu nutzen. Dort sei allerdings vorrangig eine Unterbringung von Familien vorgesehen, da eine zweckmäßige Belegung der Wohneinheiten durch Einzelpersonen nur begrenzt realisierbar sei. Auch werde man im Hinblick auf die unterschiedlichen Nationalitäten und Kulturen eine behutsame Belegung vornehmen. Ebenso sei beabsichtigt, leerstehende Städtische Dienstwohnungen im Bedarfsfall für die Unterbringung der Asylbewerber zur Verfügung zu stellen. Unabhängig von den vorgenannten Bemühungen müsse man je nach Entwicklung aber noch weitere Unterbringungsalternativen erschließen. Verwaltungsseitig halte man vor dem Hintergrund der unwägbarer Entwicklung nur eine Containerlösung für zweckmäßig; ein geeigneter Standort müsse noch gefunden werden.

Anhand der Betrachtung der Personenzugänge im Jahr 2013 nach Nationalitäten verdeutlicht Frau Mielke-Westerlage, dass die meisten zugereisten bzw. zugewiesenen Personen serbischer Herkunft seien. Es handele sich dabei überwiegend um Rückkehrer und deren Familien, die infolge eines Asylverfahrens wieder in Meerbusch aufgenommen werden müssten.

Ratsherr Wartchow erklärt für die CDU-Fraktion, dass man unter Berücksichtigung der schwankenden Bedarfe im Asylbereich die geplanten Maßnahmen der Verwaltung als sinnvoll und zweckmäßig mittragen werde. Ferner müsse man trotz aller notwendigen Verdichtungen in den Häusern den bislang guten Standard weitestgehend beibehalten. Dazu gehöre insbesondere auch die Aufrechterhaltung der 24-Stunden-Betreuung in den Unterkünften, die maßgeblich dazu beitrage, Unruhen infolge der dort aufeinander treffenden unterschiedlichen Weltbilder zu vermeiden und somit negative Auswirkungen für die Anwohner zu minimieren.

Hinsichtlich der Unterkünfte an der Strümper Straße äußert Ratsfrau Niegeloh ihr Bedauern, dass man die Nutzung der Gebäude entgegen der ursprünglich angedachten Lösung nunmehr auf diesem Wege weiter etablieren müsse. Auf die Frage, inwieweit man dort ohne Wachdienst den sozialen Frieden gewährleisten könne, verweist Erste Beigeordnete Mielke-Westerlage auf die regelmäßige Präsenz der Hauswarte der Ü-Heime wie auch der Verwaltungsmitarbeiter in den Obdachlosenunterkünften. Sofern man jedoch feststelle, dass weitere Maßnahmen notwendig seien, werde man den Ausschuss entsprechend informieren und beteiligen. Zunächst bleibe jedoch die tatsächliche Inanspruchnahme des Gebäudes abzuwarten.

3 Schuldnerberatung - Verlängerung der Vereinbarung mit dem Sozialdienst Kath. Männer Neuss e.V. Vorlage: FB2/686/2013

Beschluss:

Der Sozialausschuss beschließt, die Vereinbarung mit dem Sozialdienst Katholischer Männer Neuss e.V. bis zum 31.12.2014 zu verlängern. Die Verwaltung wird beauftragt, für den Fall einer veränderten Finanzierungssituation auf Kreisebene in der Vereinbarung eine dementsprechende vorzeitige Kündigungsmöglichkeit vorzusehen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Unter Bezugnahme auf den Schuldneratlas 2013 erläutert Erste Beigeordnete Mielke-Westerlage, dass Meerbusch trotz der insgesamt weiter ansteigenden Überschuldungen der Privathaushalte neben Mettmann und Vollmerswerth erfreulicherweise zu den Kommunen mit der geringsten Schuldnerquote im Regionalraum Düsseldorf gehöre.

Bereits im vergangenen Jahr habe man den Ausschuss im Zusammenhang mit der Verlängerung der Vereinbarung mit dem SKM Neuss e.V. über die Finanzierung der Schuldnerberatung im Rhein-Kreis Neuss informiert. Das gesetzlich vorgesehene Angebot der Schuldnerberatung für die Leistungsempfänger nach SGB II und XII werde durch den RKN finanziert. Allerdings refinanzieren diese in Meerbusch für 115 beratene Leistungsempfänger lediglich 10,3 Stunden, während die Stadt für die darüber hinausgehende Beratung in weiteren 117 Fällen einen Zuschuss für 25 Stunden gewähre. Die Kostenbelastung der Stadt für diese 25 Jahreswochenstunden betrage zudem 28.116,00 €, während Grevenbroich für 59,27 Stunden lediglich einen Aufwand von 23.782,00 € habe und Dormagen für 56,25 Stunden nur 21.300,00 € übernehme. Die ungleiche Kostenbelastung resultiere aus der derzeitigen kreisweiten Verteilung der Landes-, Kreis und Sparkassenmittel auf die vier im Kreisgebiet tätigen Träger, die offensichtlich auf alten Schlüsseln beruhe und nach wie vor nicht nachvollziehbar sei. Die Erste Beigeordnete habe zur Klärung nochmals eine Anfrage an die Sozialdezernetenkonferenz gerichtet. Auch der SKM sei gebeten worden darauf einzuwirken, zu einer gerechteren Verteilung zu kommen. Allerdings seien diesbezüglich die Möglichkeiten eines einzelnen Trägers begrenzt, auch wenn dieser unter Berücksichtigung der Mittel aus der Drittfinanzierung derzeit am Schlechtesten gestellt sei. Bis zur endgültigen Klärung schlage die Verwaltung daher erneut eine befristete Verlängerung der Vereinbarung vor.

4 Runder Tisch "Meerbusch barrierefrei" - Bericht des Behindertenbeauftragten

Behindertenbeauftragter Dr. Chaillié informiert in seiner Funktion als Vorsitzender des Runden Tisches „Meerbusch Barrierefrei“ über die aktuelle Entwicklung hinsichtlich der Signetvergabe nach dem Berliner Modell.

9 Anträge seien in der Zeit bis Oktober 2013 gestellt worden. Diese seien grundsätzlich vertraulich zu behandeln. Unter den Antragstellern befanden sich bislang eine Apotheke, eine Fußpflegepraxis, ein Kosmetikstudio, ein Dekorationsladen, eine Physiotherapie-Praxis, ein Optiker sowie ein Juwelier und ein Hörakustiker.

Nach der Begehung durch das Begehungsteam, welchem neben seiner Person auch Mitarbeiter der Verwaltung und geschulte Freiwillige wie auch immer eine sehbehinderte Person angehören, konnte ein Signet sofort vergeben werden, da die vorgegebenen Kriterien uneingeschränkt erfüllt wurden.

Fünf weitere Antragsteller können auf eine Vergabe nach kleinen Nachbesserungen, wie beispielsweise der Anbringung von Kontraststreifen im Eingangsbereich, der Markierung von Bodenunebenheiten oder der Verbesserung der Leichtgängigkeit von Eingangstüren hoffen. Drei Anträge erfüllten wesentliche Kriterien nicht (Eingangsbereiche waren oder notwendige Toilette war nicht barrierefrei, zu hoher Bedientresen) und mussten daher negativ beschieden werden. Die Vornahme der notwendigen baulichen Veränderungen war insbesondere aus wirtschaftlicher Sicht für diese Unternehmen nicht zumutbar.

Im Rahmen eines Pressetermins, der für Anfang Dezember vorgesehen ist, sollen die Signets den Antragstellern verliehen werden.

5 Seniorenbeirat - Bericht des Vorsitzenden

Unter Berücksichtigung der fortgeschrittenen Zeit und im Hinblick auf eine im Anschluss stattfindende Schulleiterkonferenz, erklärt der Vorsitzende des Seniorenbeirats, Herr Güllmann, sich bereit, auf einen mündlichen Vortrag zu verzichten. Der Bericht wird stattdessen der Niederschrift beigelegt.

6 Haushaltsberatung 2014 - Veränderungsliste

Beschluss:

Produktbereich 05 – Soziale Leistungen – Seiten 263 – 312 des Haushaltentwurfs 2014

Der Sozialausschuss empfiehlt dem Haupt- und Finanzausschuss, dem Rat den Entwurf des Haushaltes 2014 für die Produkte 050 311 010 „Soziale Hilfen“, 050 313 010 „Soziale Hilfen für Asylbewerber“, 050 315 010 „Ü-Heime für Aussiedler und Asylbewerber“, 050 315 020 „Einrichtungen für Wohnungslose“, 050 331 010 „Förderung von anderen Trägern der Wohlfahrtspflege“ und 050 351 010 „Sonstige soziale Leistungen“, einschließlich der anliegenden Veränderungsliste vom 28.11.2013, vorzulegen.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig**

Des Weiteren nimmt der Ausschuss den Sonderhaushalt Soziales (ehem. 825), Seite 654 – 668 des Haushaltentwurfs 2014, zur Kenntnis.

Die Beratung des Haushaltsentwurfes 2014 erfolgt produktweise unter Einbeziehung der vorliegenden Veränderungsliste.

An verschiedenen Stellen wird seitens der Verwaltung darauf hingewiesen, dass infolge der Umstellung auf SAP und der damit einhergehenden neuen Produktaufteilung die Personalzuordnung noch unzutreffend sei und für die Zukunft angepasst werde.

Produkt 050 313 010 „Soziale Hilfen für Asylbewerber“

Ratsfrau Niegeloh erläutert den vorliegenden Antrag der SPD hinsichtlich der Leistungen für Bildung und Teilhabe. Infolge der steigenden Fallzahlen, sei die von der Verwaltung vorgenommene Senkung des Ansatzes nicht nachvollziehbar. Vielmehr müsse man von einer stärkeren Inanspruchnahme ausgehen. Da es sich um eine gesetzliche Pflichtaufgabe handele, sei der Ansatz entsprechend zu erhöhen.

Erste Beigeordnete Mielke-Westerlage erläutert, dass man sich bei der Ansatzermittlung zunächst an den Ist-Ergebnissen des Jahres 2012 orientiert hätte. Infolge der aktuellen Sachlage schlage die Verwaltung jedoch vor, den Ansatz des Jahres 2013 in Höhe von 10.200,00 € fortzuschreiben und die entsprechende Ansatzerhöhung für 2014 in die Veränderungsliste aufzunehmen. Ferner weist Erste Beigeordnete Mielke-Westerlage darauf hin, dass auch der Ansatz zum Produktsachkonto 53392000 Beträge für derartige Leistungen enthalte und zwar für den Personenkreis, der Leistungen nach § 3 Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) beziehe.

Dem Antrag der SPD, den Ansatz für das Produktsachkonto 53380000 „Leistungen für Bildung und Teilhabe“ zu erhöhen, wird unter Berücksichtigung des vorhergehenden Änderungsvorschlages der Verwaltung, den Ansatz des Jahres 2013 für die entsprechenden Ausgaben in Höhe von 10.200,00 € fortzuschreiben, einstimmig gefolgt.

Produkt 050 315 010 „Ü-Heime für Aussiedler und Asylbewerber“

Ratsfrau Büchner bezieht Stellung zu dem vorliegenden Antrag der FDP-Fraktion. Unter Berücksichtigung der vorhergehenden Ausführungen zu TOP 2 sei ja bereits deutlich geworden, dass es bei dem Ansatz bleiben müsse. Die FDP sei allerdings der Auffassung, dass man regelmäßig prüfen solle, ob ein Teil des Geldes, der aktuell für den Wachdienst aufgebracht werde, nicht besser in die Integration der Bewohner vor Ort investiert werden könne.

Der Antrag wird zurückgezogen.

In diesem Zusammenhang erläutert Erste Beigeordnete Mielke-Westerlage, dass der Einsatz einer 24-Stunden –Betreuung in den beiden Übergangwohnheimen Bestandteil des Brandschutzgutachtens und insoweit auch Bestandteil der Baugenehmigung für die Häuser sei. Auch aus diesem Grund sei der Fortbestand des Wachdienstes somit unabdingbar.

7 Bericht der Verwaltung

7.1 Weiterfinanzierung von Schulsozialarbeit

Erste Beigeordnete Mielke-Westerlage berichtet, dass die Beschäftigung von Schulsozialarbeitern im Rhein-Kreis Neuss, die aus Mitteln des Bildungs- und Teilhabepaketes finanziert werde, bis zum 3. Quartal 2015 gesichert sei. Ob von Seiten des Bundes auch weiterhin Finanzmittel zur Finanzierung der Schulsozialarbeiter bereitgestellt würden, sei derzeit nicht bekannt.

7.2 Mütterprojekt

Erste Beigeordnete Mielke-Westerlage informiert, dass die Rotarier Meerbusch über einen Zeitraum von 3 Jahren Projekte unter dem Titel „Denkfabrik“ des Mütterzentrums finanzieren würden. Hierzu habe am vergangenen Freitag eine große Benefiz-Veranstaltung auf dem Böhler-Areal stattgefunden. Über eine finanzielle Förderung hinaus, würden sich die Mitglieder auch mit ihren Kontakten und Netzwerken um die Förderung der ausländischen Kinder und Jugendlichen kümmern.

7.3 Sachstand Medina / Wohnpark

Erste Beigeordnete Mielke-Westerlage erklärt, der Rhein-Kreis Neuss als Heimaufsicht habe die Verwaltung auf Nachfrage über den Sachstand Medina dahingehend informiert, dass zum 1.12.2013 der formale Übergang des Betriebes der beiden Strümpfer Pflegeeinrichtungen von den Marseille-Kliniken auf die Meridias GmbH erfolgen werde.

Die Häuser würden dann unter der Bezeichnung

- Meridias Rheinstadtpflegehaus Meerbusch GmbH, Haus I und
- Meridias Rheinstadtpflegehaus Meerbusch GmbH, Haus II

weitergeführt.

Die Prüfungen des MDK Nordrhein seien aufgrund der Prüfergebnisse der vergangenen Wochen etwas gelockert worden.

Die Meridias beabsichtige nach erfolgten Betreiberwechsel neue und dauerhafte Strukturen mit eigenen Kräften aufzubauen. Das Personal für das Leitungsteam bestehend aus einem Einrichtungsleiter, 2 Pflegedienstleistungen und 4 Wohnbereichsleitungen, sei bereits gewonnen worden.

Mit dem Übergang der Trägerschaft werde auch der Aufnahmestopp aufgehoben..

8 Termin der nächsten Sitzung: 18. Februar 2014

9 Verschiedenes

Ratsfrau Niegeloh erkundigt sich nach den Öffnungszeiten der Altenbegegnungsstätte der AWO am Kapittelsbusch, da ihr zugetragen worden sei, dass die bisherige Öffnungszeit von 35 Stunden nicht mehr gegeben sei.

Auf Anfrage der Verwaltung wurden von der Leitung der Einrichtung aktuell folgende tägliche Öffnungszeiten mitgeteilt:

Montag	9.00 - 17.00 Uhr	8,0 Std.	
Dienstag	9.00 - 17.00 Uhr	8,0 Std.	
Mittwoch	8.00 - 13.00 Uhr	5,0 Std.	
Donnerstag	9.00 - 19.00 Uhr	10,0 Std.	
Freitag	9.00 - 14.00 Uhr	5,0 Std.	gesamt: 36,0 Std.

Meerbusch, den 11. Dezember 2013

Hans Günter Focken
Ausschussvorsitzender

Bettina Scholten
Schriftführer/in